

Der Giftmüll Skandal

von Wolfgang Voigt

Viel Interessantes und Positives ist auf diesen Alsdorfer Seiten zu finden. Es gibt aber auch dunkle Abschnitte in der Geschichte der Stadt Alsdorf. Die Chronik wäre unvollständig, wenn sie nicht einen Bericht über den Giftmüll-Skandal der 80er Jahre enthielte.

Ausgestanden ist die Sache noch lange nicht. Bis zum heutigen Tage sind die Auswirkungen in Form einer Grundwasser-Sanierungsanlage in der Nähe des Broicher Weiher präsent und auch in Zukunft müssen sich wohl die Behörden noch eine ganze Weile damit beschäftigen.

Doch blenden wir zunächst einmal zurück:

Auf dem Gelände der ehemaligen Bauschuttdeponie zwischen Broicher Weiher und Blumenrath befand sich ursprünglich ein Laubmischwald. Mitte bis Ende der 60er Jahre ist der Waldbestand gerodet worden, um eine Kiesgrube zu gründen. Die Firma DAVID hat diese ab 1970 planmäßig betrieben. Das Material ist hauptsächlich für den Autobahnausbau zwischen Alsdorf-Hoengen und Aachen verwendet worden.

Nach der Auskiesung hat dieselbe Firma seit 1974 die Grube mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Millionen Kubikmetern verfüllt, zunächst hauptsächlich mit etwa 700.000 Kubikmetern Erdaushub aus dem Autobahn- und Kanalbau. Im September 1976 ist der Bereich als Bauschuttdeponie zugelassen worden. Seitdem sind weitere 800.000 Kubikmeter Bauschutt, aber auch Asphaltfeinbeton sowie Glasbruch der Firma PHILIPS nach Blumenrath gefahren worden.

Etwa zur gleichen Zeit hat Horst Vanforsch die Firma CHEMISCHES WERK STOLBERG betrieben. Dieser Betrieb hat in einer Destillationsanlage Rückstände aus Chemischen Reinigungen aufbereitet. Die wiederverwertbaren Stoffe sind zurück an die Wäschereien gegangen. Bei dem Verfahren sind aber auch giftige Schlämme angefallen, die man in Fässer zu je 200 Liter verfüllt hat. Die in den Behältern eingeschlossenen chemischen Reinigungsabfälle enthalten Schwermetalle, lösliche Zinkverbindungen und vor allem den als krebserregend einzustufenden Kohlenwasserstoff Tetrachlorethen (auch Perchlorethylen, kurz PER genannt). Über 20.000 dieser Fässer sind auf dem Firmengelände in Stolberg gelagert worden. Es hat die Gefahr bestanden, dass sie vom Rost zerfressen werden und die gesamte Umgebung vergiften.

Schließlich hat der Kölner Regierungspräsident (kurz: RP) die Firmengenehmigung widerrufen. In dem Schreiben des RP an Horst Vanforsch vom 26. Februar 1980 heißt es dazu: „Der Zustand stellt eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Nach einem Gutachten des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Aachen sind die bei Ihnen anfallenden Schlämme nicht unbedenklich. So wird in dem Gutachten darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die in den Schlämmen vorhandenen löslichen Zinkverbindungen ein Grundwasserkontakt verhindert werden muss.“

Die Tage der Giffässer in Stolberg sind damit gezählt gewesen. Weil andererseits Betreiber von Sondermülldeponien sich geweigert haben, die Giffracht anzunehmen, ist man unter Zeitdruck gekommen. Die Blumenrather Deponie ist wohl wegen ihrer Lage ins Visier der Bezirksregierung Köln geraten. Da es sich hier jedoch lediglich um eine - nebenbei bemerkt: ungesicherte - Bauschuttdeponie und nicht um eine Giftmülldeponie gehandelt hat, ist durch den RP am 19. Januar 1977 einfach der Genehmigungsbescheid geändert worden:

Jetzt durften auch „Schlämme aus der Destillationsanlage der Firma Chemisches Werk, Horst Vanforsch, Stolberg, gelagert werden.“

Außerdem erließ der RP 1978 eine Ordnungsverfügung, derzufolge mindestens 100 Fässer pro Woche nach Blumenrath gebracht werden mussten. Geschah das nicht, so würde Zwangsgeld von der Stolberger Firma verlangt.

Erst durch einen Gerichtsbeschluss von 1982 sind weitere Anlieferungen von Giffässern gestoppt worden. In diesem Jahr fanden Spaziergänger beschädigte Fässer an der Oberfläche der Deponie. Entgegen der Behördenangaben ist der Inhalt dünnflüssig gewesen. Analysen ergaben auch höhere PER-Werte als bislang angegeben. Nach einer eidesstattlichen Erklärung von Horst Vanforsch sollen über 2.500 Fässer nach Blumenrath gekommen sein. Die offizielle (das heißt: behördliche) Version spricht von „nur“ 933 Fässern.

In den Jahren 1985 und 1986 hat das Staatliche Amt für Wasser und Abfallwirtschaft (STAWA) mit Untersuchungen vor Ort begonnen und Verunreinigungen des Grundwassers mit PER festgestellt. Auch ist dabei ein anderer Stoff, nämlich Trichlorethen (kurz: TRI) aufgetaucht, der in noch höherer Konzentration vorgelegen hat und dessen Herkunft damals nicht zu klären gewesen ist. Trotz zum Teil alarmierender Werte hat man seitens der zuständigen Behörden eine eher abwartende Stellung eingenommen und nur gelegentliche Messungen in Aussicht gestellt.

Im Mai 1991 hat sich daher die Alsdorfer Bürgerinitiative „Vorsicht Giffässer“ als Zusammenschluss von Bürgern und Vertretern der Naturschutzverbände BUND und NABU gegründet. Erster Vorsitzender ist seitdem Peter Dzinga, der schon Jahre vorher in dieser Angelegenheit gegen die Behörden gekämpft hat. Die Alsdorfer Bürgerinitiative „Vorsicht Giffässer“ ist ein Beispiel für eine überparteiliche Gruppierung, ohne deren Existenz und Arbeit die Behörden kaum aktiv geworden wären.

Eine der spektakulärsten Aktionen der Gruppe überhaupt ist am 23. Mai 1991 der Marsch nach Köln gewesen. Man hat seitens der Bürgerinitiative bewusst diesen Tag gewählt, um zeitig zur 175-Jahr Feier der Bezirksregierung Köln am darauffolgenden Tag in Köln zu sein. Auf dem Fußmarsch hat man ein symbolisches Gifffass mit Unterschriften mit sich geführt, die dem Regierungspräsidenten Dr. Franz-Josef Antwerpes überreicht werden sollten.

Erste Erfolge der Bürgerinitiative haben darin bestanden, dass eine Gefährdungsabschätzung auf der Basis regelmäßiger Untersuchungen in Aussicht gestellt und später auch durchgeführt worden ist, und Beratungstermine der Behörden und der Verwaltung der Stadt Alsdorf unter Beteiligung von Initiativenvertretern wahrgenommen worden sind.

In zahlreichen Presseveröffentlichungen, in Rundbriefen und im Bürgerfunk hat die Bürgerinitiative ihre Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit informiert, auch darüber, dass eventuell das Gras der Weidefläche über der Deponie belastet sein könnte und trotzdem - mit Zustimmung des Kreises Aachen - Milchvieh darauf gehalten worden ist. Im Jahre 1994 war der Landwirt dann doch einsichtiger als die Behörde: Er gab seine Milchwirtschaft auf dem Gelände auf.

Schließlich zeigte der öffentliche Druck Wirkung beim Kreis Aachen. In einer Mitteilung an den Kreisumweltausschuss, der am 26. Mai 1994 tagte, wurde auf „die Dringlichkeit der ... Durchführung der Sanierungsuntersuchung und der Sanierung hingewiesen.“

Zwei Jahre gingen noch ins Land, bis die Probesanierung im Juli 1996 begann, zwei Jahre nachdem die Bezirksregierung Köln das gesamte Verfahren auf den Kreis Aachen übertragen hatte. Der Brunnen hat einen Durchmesser von 30 Zentimetern und eine Tiefe von 40 Metern. Der Hochleistungsfilter aus Edelstahl arbeitet mit Aktivkohle. Das derartig gereinigte Grundwasser wird dem Broichbach zugeleitet. Alleine die Kosten der Probesanierung hat man vor deren Beginn auf umgerechnet 200.000 Euro beziffert.

Mittlerweile ist die Sanierung aus dem Probestadium heraus. Ein Ende der Geschichte ist aber noch lange nicht in Sicht. Wie sagte der Leiter der Sanierungsmaßnahme seinerzeit auf die Frage, wie lange die Aktion wohl laufen müsse: „In etwa zehn Jahren wissen wir, ob die Sache etwas bringt.“